## Niemand darf im Kalten sitzen – Linksfraktion beantragt Heizkostenfonds

Betriebskostenabrechnungen mit enormen Nachforderungen für das vergangene Jahr bereiten vielen Mieter\*innen in Berlin gerade große Sorgen. Die Nachzahlungen dürften in den meisten Fällen nicht auf einem erhöhten Verbrauch, sondern in den massiven Energiekostensteigerungen und der schlechten Energieeffizienz von Heizungen und Gebäuden beruhen.



Bei Nachforderungen, die die Höhe einer gesamten Monatsmiete übersteigen, drohen den Betroffenen Kündigungen, wenn sie die Kosten nicht begleichen können. Darüber hinaus bringen sie immer mehr Mieter\*innen zusätzlich in Zahlungsschwierigkeiten.

Die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus möchte verhindern, dass Menschen ihre Wohnung verlieren, weil sie die Nachforderungen nicht bezahlen können.

Deshalb stellen wir Ende Februar den Antrag, "Berlin im Heizkosten-Schock: Heizkostenfonds auf den Weg gebracht – damit niemand seine Wohnung verliert oder im Kalten sitzt", ins Abgeordnetenhaus ein.

In diesem fordern wir u.a. Folgendes:

## Heizkostenfonds für unbürokratische Hilfe auflegen

\* Haushalte sollen einen Antrag auf Übernahme der Nachforderungen für Warmwasser und Heizung (warme Betriebskosten) als Zuschuss stellen können, sofern diese Kosten eine monatliche Nettokaltmiete übersteigen und sofern sie aus eigenem Einkommen nicht in der Lage sind, diese Nachzahlung zu begleichen.

- \* Der Fonds soll sich an Haushalte richten, deren Einkommen bis zu 180 Prozent über den Bundeseinkommensgrenzen für einen Wohnberechtigungsschein (WBS 280) liegt.
- \* Das Gesamtvolumen für den Härtefallfonds soll zunächst auf 10 Millionen Euro angesetzt werden. Diese Kosten sollen aus Mitteln der Eigentumsförderung finanziert werden, die die schwarz-rote Koalition auf 16 bzw. 17 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt hat.

## Wohnungskonzerne in die Pflicht nehmen

Um die Ursachen steigender Heiz- und Energiekosten anzugehen, braucht es Maßnahmen zur Absenkung der Energiepreise, einen beschleunigten, klimagerechten Umbau der Heiz- und Energieversorgung und eine effiziente Dämmung. Hier nehmen wir die Wohnungskonzerne in die Pflicht:

- \* Sie sollen aufgefordert werden, Abrechnungen und Belege ihrer Heiz- und Nebenkosten offenzulegen und auf nicht belegbare Nachzahlungsforderungen zu verzichten.
- \* Der Senat soll ein Förderprogramm für private Wohnungsunternehmen und eine direkte Finanzierung der energetischen Gebäudesanierung des Bestandes der landeseigenen Wohnungsunternehmen sicherstellen.
- \* Beim klimaneutralen Umbau der Fernwärme wird der Senat aufgefordert kosteneffizient zu agieren, Investitionen zu unterstützen und die Bezahlbarkeit für Haushalte mit niedrigen Einkommen durch regelmäßige, öffentliche Preiskontrollen sicherzustellen.

Elke Breitenbach, Mitglied der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

